

Auszug aus Context XXI

<http://contextxxi.org/estudiar-aprender-para-el-pueblo.html>

Heft 6/2000

erstellt am: 4. Oktober 2022

Datum dieses Beitrags: Oktober 2000

Estudiar, aprender, para el pueblo defender!

Während die StudentInnen Mexikos versuchen, ihre Bewegung gegen Studiengebühren und Privatisierung wieder aufzubauen, geht die neue Rechtaußenregierung daran, die Privatisierung sowohl der Bildung als auch anderer wichtiger Bereiche voranzutreiben.

■ HENRIKE KOVACIC ■ MARY KREUTZER ■ JÜRGEN SCHMIDT ■ MARKUS ZINGERLE



Dem Süden versprach der neue Premier Vincente Fox eine großangelegte Modernisierungsoffensive. „Arbeit in Würde“, die diese Offensive bestimmt nicht zum Ziel hat, sowie den sehr unbeschwernten Umgang der Linken mit „pueblo“ und „nación“ behandelt dieser 2. Teil eines Interviews mit zwei Studierenden der UNAM.

Kommen wir zu einem Thema, das uns deshalb interessiert, weil uns natürlich bewußt ist, daß wir mit dem Holocaust und den europäischen Faschismen eine andere Geschichte haben und dadurch andere Zugänge: Ihr bezieht euch oft auf „nación“ (Nation) und Nationalismus, ist das für euch nicht fragwürdig? Und was bedeutet für euch „pueblo“ (Volk, Bevölkerung, Menschen)?

Ricardo: Zu dem Thema fällt mir spontan eine unserer Kampfparolen ein: „Estudiar, aprender, para el pueblo defender!“ (Studieren, lernen, um das Volk zu verteidigen!) Aus unserer Geschichte heraus sind Begriffe wie pueblo, nación, territorio, patria (Vaterland/Heimat) eng mit dem Kampf für Befreiung verbunden. Bereits im antikolonialen Kampf gegen die Spanier und später gegen die Habsburger gewannen diese Begriffe eine widerständige Bedeutung. Indígenas und Mestizen vereinten sich im Kampf für die Befreiung, welcher im Namen einer freien und souveränen Nation geführt wurde. Morelos, ein Unabhängigkeitskämpfer, sagte in seinem *Manifiesto a la Nación*, daß eine Nation nur eine ist, wenn sie frei ist und sich für Gesundheit, Ernährung, „trabajo digno“ (Arbeit in Würde), Wohnraum etc. einsetzt. In diesem Manifest forderte Morelos die Respektierung der kommunalen Organisationsformen der Indígenas und unterstützte deren Kampf für Selbstbestimmung. Das Volk organisierte sich also gemeinsam gegen die Unterdrücker. Im Zuge der mexikanischen Revolution kam dann ein neues Element hinzu: soziale Rechte

und deren entsprechende Gesetzgebung, wie z.B. Wohnraum, Bildung und Nahrung für alle, Streikrecht, Recht auf Gemeinschaftsland. Nach der Revolution bemächtigte sich allerdings die neue Elite, die PRI, dieses Diskurses, um an der Macht zu bleiben, aber wir besitzen „memoria histórica“ (Geschichtsbewußtsein), darum wollen wir uns den Begriff nicht nehmen lassen. Für mich bedeutet „pueblo“ Armut und die Solidarisierung mit den Menschen, die unter dieser Armut leiden. Pueblo, das sind die Unterdrückten, Marginalisierten, auf die nie gehört wird, die nicht zu existieren scheinen — aber zeigen, hier sind wir, wir haben nichts außer der Energie und der Kraft, um die Dinge zu verändern. Pueblo, das sind die einzigen, die die Kraft zur Veränderung besitzen. Das ist offensichtlich anders bei euch hier, so wie ihr uns das geschildert habt.

Julia: Mir gefällt am Zapatismo, daß erstmals gesagt wird, daß es innerhalb Mexikos viele Mexikos gibt, daß die Indígenas im Süden eine andere Lebenssituation haben, als die im Norden oder die Leute in der Stadt, daß Mexiko ein plurikulturelles Land ist, im Gegensatz zum homogenisierenden Diskurs des Imperialismus und des mexikanischen Staates, die von einer Gleichheit sprechen, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt.

Eines verstehe ich nicht, und ich stelle diese Frage als weiße Europäerin, die in Lateinamerika aufgewachsen ist — wie kann man sich positiv auf Nationalismus

beziehen? Eine Maya-Indigena etwa, die vor dem guatemaltekischen Militär, also vor dem Staat flieht, wird in Mexiko mit staatlicher Repression und Ausgrenzung empfangen ...

Ricardo: Es kommt darauf an, wer sich dieses Diskurses — und in welcher Funktion — bemächtigt. Tut dies der Staat, dann mißbraucht er diese Begriffe für seine Zwecke, tun dies die Leute, dann bedeutet es Befreiung, dann ist das natürlich fortschrittlich. Vicente Guerrero sagte einmal: „Vivir por la patria o morir por la libertad!“ (Für die Heimat leben oder für die Freiheit sterben!). Das bedeutet, daß wir dafür kämpfen wollen, daß es allen Menschen in diesem Land gut geht, aber wir sind eher bereit zu sterben als ein Leben in Unfreiheit zu führen. Die lateinamerikanischen Länder wurden schon immer vom Imperialismus unterdrückt. Natürlich übernahmen auch mexikanische Eliten diesen Diskurs. So wie die Zapatisten wollen auch wir Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit.

Julia: Wir wollen mit den Begriffen *nación* und *pueblo* nicht zwischen Aus- und Inland unterscheiden, sondern zwischen Unterdrückern und Unterdrückten. Ich etwa identifiziere mich als *latinoamericana*, weil wir dieselbe Geschichte der Unterdrückung erlebt haben. Für mich ist der Staat der Unterdrücker, die *nación* sind die Unterdrückten.

Ricardo: Wir dürfen nicht vergessen, daß ihr eine andere Geschichte hattet, Hitler, Nationalsozialismus etc...

Das Beispiel Ecuador, wo bei den Wahlen in '97 sowohl die linken als auch die rechten Parteien mit nationalistischen Parolen geworben haben und die Rechte gewann: Es wurden doch nur die Köpfe ausgewechselt, das kapitalistische und neoliberale System der Unterdrückung blieb intakt. Das ist nur ein weiteres Beispiel aus Lateinamerika, daß Nationalismus kein progressives Konzept sein kann. Der Krieg zwischen Peru und Ecuador über den Grenzverlauf dauert bereits rund 45 Jahre, und anstatt sich zu solidarisieren, schenken die Menschen beider Länder der Konstruktion von Grenzen und von Staaten mehr Glauben.

Ist es nicht auch in Mexiko mit der PAN

so gewesen, daß diese rechtspopulistische Partei mit Nationalismus, vermischt mit populistischen Slogans, die Wahlen gewonnen hat?

Julia: Den populistischen Diskurs hat auch die PRI Jahrzehnte lang benutzt, um an der Macht zu bleiben, aber sie sind an ihrem eigenen Diskurs erstickt. Für uns aber bedeutet *pueblo* Widerstand, es ist wichtig die Zusammenhänge genau anzusehen. Was bis jetzt noch nicht erreicht wurde, ist, daß wir uns in ganz Lateinamerika zusammenschließen und gemeinsam gegen das neoliberale System kämpfen. Es ist uns bewußt, daß unser Feind nicht z.B. die USA ist, sondern das System müssen wir bekämpfen

Ricardo: Es gibt einerseits den dominanten Nationalismus, nämlich den der expandierenden Nationen. Dieser Nationalismus wird in den unterdrückten Nationen von den Eliten reproduziert. Es geht dabei um Machterhalt und Kontrolle. Andererseits gibt es einen fortschrittlichen Nationalismus. Dabei geht es nicht darum, Eliten durch andere Eliten auszuwechseln. ArbeiterInnen werden in Mexiko genauso ausgebeutet wie in Österreich. Wir benutzen den Begriff in unserem Kampf für eine neue Gesellschaft, in der er dann verschwinden wird. Es geht uns darum Grenzen aufzulösen, aber nicht die des Kapitals, sondern jene der Solidarität, der Menschlichkeit. Wir sind uns einig, daß wir für das Verschwinden aller Nationen kämpfen. Aber wir stecken in verschiedenen historischen und politischen Etappen, für uns ist es zu diesem Zeitpunkt noch wichtig, mit diesen Begriffen zu kämpfen. Die historische Situation wird uns zeigen, wann wir uns deren entledigen.

Wir identifizieren den Neoliberalismus als höhere Etappe des Kapitalismus in seiner brutalsten und miserabelsten Form. Dabei werden nicht nur die sozialen Rechte negiert, sondern die menschliche Existenz als solche ist in Gefahr. Der Neoliberalismus zerstört jegliche kollektiven Strukturen, auch die Eliten, die die Macht inne hatten, werden angegriffen, wobei andere diese Lücken füllen, also die komplette Marktdurchdringung. Der Neoliberalismus wird die Menschheit zerstören, wenn wir es nicht schaffen, eine Alternative zu finden. Wir sollten damit anfangen,

Sensibilität in der Diskussion zu zeigen, uns eingestehen, daß auch wir nicht im Besitz der absoluten Wahrheit stehen. Ich meine damit, *patria* o *muerde*, *revolución*, etc. Wir sollten anfangen auch auf kritische Stimmen zu hören. Ständige Selbstkritik ist elementar.

Wir glauben, daß „*trabajo digno/trabajo en dignidad*“ („Arbeit in Würde“) im Kapitalismus nicht möglich ist. Die Frage ist, seht ihr eine Möglichkeit innerhalb des kapitalistischen Systems „in Würde“ zu arbeiten — ist es nicht eine etwas widersprüchliche Vorstellung?

Ricardo: Unserer Meinung nach ist das kapitalistische System eines der Ausbeutung und der Entäußerung. Gegenwärtig gibt es weltweit eine soziale Arbeitsteilung, der Ausbeutungsprozess ist in Lateinamerika noch brutaler: Ich spreche hier von Menschen, die *nicht* ausgebeutet werden, was für sie jedoch den sicheren Tod bedeutet. Sie werden gezwungen, ihre Arbeitskraft nicht zu reproduzieren — die Arbeitslosen können nicht einmal ein Familie erhalten, oft bedeutet es für sie den sicheren Tod.

Jeder sollte die Möglichkeit haben, auch Sport zu betreiben, die Freizeit selbst zu gestalten —

Julia: Und sich selbst zu verwirklichen ...

Ricardo: Dieser Kampf gegen die Arbeitslosigkeit soll in eine bessere Zukunft münden, weil ich glaube, daß die Arbeit ein Stück am Weg der Befreiung des Menschen bedeutet. Arbeit war ein fundamentaler Bestandteil des Menschen, bereits bevor es soziale Klassen gab. Erst als diese Klassen entstanden, verwandelte sich die Arbeit in eine Form der Ausbeutung des Menschen. Das bedeutet aber nicht, daß wenn es einmal keinen Kapitalismus mehr gibt, auch die Arbeit verschwinden wird. Das wird dann aber Gemeinschaftsarbeit sein, eben keine unterdrückende und Sklavenarbeit, sondern eine befreiende.

Julia: Die Arbeit hat zur Zeit die selbe Funktion wie das Kapital, nämlich Reichtum zu reproduzieren, das Problem dabei ist die Verteilung. Außerdem wird es in diesem System den meisten Menschen verweigert, in jenen Bereichen zu arbeiten, die sie auch wirklich interessieren. Das führt bei

vielen zu persönlicher Frustration und hier sind wir bei dem Punkt von „Arbeit in Würde“ angelangt. Wenn wir die Funktion der Arbeit so wie sie jetzt im Kapitalismus definiert wird, zerbrechen, so gelangen wir zu gesellschaftlichen Utopien.

Ricardo: Es hat uns sehr überrascht, in Europa Bewegungen anzutreffen, die für die Abschaffung von Arbeit kämpfen. Vor der mexikanischen Revolution hatten wir einen 12-Stunden Arbeitstag. Danach erreichten wir einen 8-Stunden Arbeitstag, nun kämpfen wir nicht nur um eine weitere Herabsetzung, sondern auch um Arbeitsplatzbeschaffung, und für bessere Löhne.

Interessant ist, wenn wir von der *EZLN* sprechen, daß es in Chiapas eine Mischung zwischen Lohn- und Subsistenzarbeit gibt. Innerhalb der Zapatisten gibt es verschiedene Argumentationen dazu, die ambivalent bleiben. Es gefällt mir, daß es verschiedene Standpunkte dazu gibt, da es ja auch verschiedene Situationen gibt, etwa gegenüber einer wohlhabenden Gesellschaft, die theoretischen Schwierigkeiten jedoch bleiben aufrecht. Arbeit und Kapital zu durchbrechen, würde bedeuten, den Kapitalismus zu zerstören. Der Kampf gegen den Neoliberalismus ist von einer abstrakten Sicht aus reformistisch, aber meiner Meinung nach macht er in einem Land wie Chiapas sehr wohl Sinn ...

Julia: Ist der Kampf der Indígenas gegen den Neoliberalismus als reformistisch zu interpretieren? Der Kapitalismus drang in die Indígena-Gemeinden ein und zerstörte deren soziale und kollektive Strukturen. Das Kapital hat nicht nur mit Ausbeutung etwas zu tun. Ihr Kampf richtet sich gegen dieses gewalttätige Eindringen. Ihre Forderungen sind nicht als reformistisch anzusehen, sie konfrontieren das Kapital, den Neoliberalismus und all das, was das westliche Modell ihnen angetan hat.

Im Winter war ein Vertreter der sozialdemokratischen *PRD* (*Partei der Demokratischen Revolution*) in Wien, der sich dem *CGH* gegenüber ziemlich abfällig äußerte, über dessen angebliche Gewalttätigkeit beschwerte und von der Streikbewegung distanzierte.

Ricardo: Innerhalb der Streikbewegung gibt es Gruppen, die der *PRD* nahestehen. In der ersten Etappe des Streiks, als die Regierung und die Medien die Bewegung angriffen, sagte die *PRD*, daß sie auf der Seite der Streikenden stehen. Das war damals sehr wichtig für uns, leider änderte sich das schnell. Die Stadtregierung der *PRD* ist verantwortlich für mindestens zwei Polizeieingriffe. Wir wissen nicht, ob das eine Entscheidung der gesamten Partei oder nur der Stadtregierung war, wir lehnen dieses Vorgehen aber aufs Entschiedenste ab und verurteilen diese Repression uns gegenüber, für die Cuautemoc Cardenas als *PRD*-Bürgermeister verantwortlich ist. Das war also ihre Antwort auf das Vertrauen und die Hoffnung, die die Menschen in sie gesetzt hatten?! Wir wissen, daß es innerhalb der *PRD* verschiedenste Strömungen und Meinungen dazu gibt. Wir haben es konsequent vermieden, mit jeglichen Institutionen zu paktieren, also etwa politischen Parteien, Regierungen, weil wir an sie nicht glauben.

Julia: Die *PRD* versuchte anfangs, die Streikbewegung in Hinblick auf die Wahlen zu instrumentalisieren, aber als sie ca. 3 Monate nach Streikausbruch merkten, daß das nicht funktionierte, kam es zu einer radikalen Änderung ihrer Position uns gegenüber. Nach den Polizeiübergriffen kam es zu einer massiven Ablehnung der *PRD* — wir waren sehr wütend, daß diese linke Partei uns dermaßen betrogen hatte.

Wie geht's mit dem Streik weiter?

Julia: Nach dem 6.2.2000 saßen ca. 1000 Studierende im Gefängnis, das bedeutete fast das Ende unserer Bewegung. Es herrschte Paranoia, Angst und Mißtrauen zwischen StreikbrecherInnen und Streikenden. All das machte es uns sehr schwer, das *CGH* wieder aufzubauen und uns zu reorganisieren. Ein weiteres Problem ist auch der soziale Druck, der auf vielen StudentInnen lastet, das vergangene Semester wiederaufzuholen, aber auch der Druck von den Familien und der Gesellschaft ist groß. Außerdem sind gerade Ferien, aber wir hoffen, daß mit Semesterbeginn die Aktivitäten wieder aufgenommen werden. Wir werden viel Energie brauchen und müssen uns intensiv auf den Universitäten-Kongreß vorbereiten,

wobei wir noch nicht entschieden haben, ob wir diesen boykottieren oder daran teilnehmen. Wir müssen uns auf einen langen Kampf einstellen, dazu ist es notwendig, nicht nur konjunkturell zu agieren, sondern langfristig zu planen.

Ricardo: Auch wenn uns die Regierung in die Knie zwingen wollte, werden wir nicht aufgeben, im Gegenteil. Viele Jugendliche wurden im Zuge der Ereignisse politisiert. Wir können uns in Zukunft auch vorstellen, daß sich der Streik sogar ausdehnt bis hin zu einer nationalen Bewegung, welche die verschiedensten Bildungseinrichtungen umfassen könnte.

Mary Kreutzer, Henrike Kovacic, Jürgen Schmid und Markus Zingerle führten dieses Gespräch für Radio Orange, welches Mary Kreutzer und Markus Zingerle für **Context XXI** in zwei Teilen zusammenfaßten.

Julia studiert Jus an der *UNAM* und ist wie Ricardo (Publizistik am Politikwissenschaftsinstitut der *UNAM*) Mitglied des Streikrates, *CGH*.

Jürgen Schmidt: Jürgen Schmidt ist Mitarbeiter der ARGE für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung.

Mary Kreutzer: Politikwissenschaftlerin und Publizistin, Trägerin des Eduard-Ploier-Radio-Preises der Österreichischen Volksbildung, des Concordia Publizistikpreises (Kategorie Menschenrechte), des European Award for Excellence in Journalism, des Elfriede-Grünberg Preises, von Juni 2000 bis 2006 Redaktionsmitglied von **Context XXI**.

Markus Zingerle: Redaktionsmitglied von **Context XXI** von September 2000 bis 2006.

Lizenz dieses Beitrags

Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels

Beachten Sie auch:

- „Por una educación popular y gratuita!“

(<http://contextxxi.org/por-una-ed->

[ucacion-popular-y.html](http://contextxxi.org/por-una-ed-))